

Pflegebedürftige und Angehörige sind finanziell immer stärker überfordert

## Von der Pflege in die Armut?

### Fortsetzung von Seite 1

Es sind weiterhin vor allem Frauen, die pflegerische Aufgaben innerhalb der Familie übernehmen und somit alltäglich einer doppelten Belastung ausgesetzt sind. In ihrer Not wenden sie sich verstärkt auch an die Beratungsstellen des SoVD. Das dabei immer wieder zutage tretende Dilemma bringt Verbandspräsident Adolf Bauer auf den Punkt: „Die finanzielle Überforderung treibt insbesondere pflegende Frauen in die Armut.“

Um anhand detaillierter Fakten Abhilfe schaffen zu können, gab der SoVD ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag, dessen Ergebnisse demnächst vorgestellt werden sollen.

### SoVD: Pflegerisiko solidarisch absichern!

Positiv bewertete der SoVD zuletzt das Angehörigen-Entlastungsgesetz, wonach Kinder und Eltern pflegebedürftiger Familienmitglieder sich künftig erst ab einem Bruttojahres-

einkommen von 100.000 Euro an den Pflegekosten beteiligen müssen. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die Pflege in Deutschland nur unzureichend abgesichert ist. Schon heute ist jeder dritte Heimbewohner auf Sozialhilfe angewiesen. Eine tragfähige und vor allem gerechte Finanzierung sieht anders aus.

Der SoVD spricht sich dafür aus, die Systeme der sozialen und privaten Pflegeversicherung zu einem solidarischen Umlagesystem zusammen-

zuführen. Mit einer solchen Bürgerversicherung würden finanzielle Mittel freigesetzt, durch die Leistungen nach dem tatsächlichen Bedarf gewährt werden könnten. Ein solches Prinzip, in dem Nichtbedürftige für Bedürftige eintreten, käme ohne Zuzahlungen und Eigenanteile aus.

Die SoVD-Broschüre zu einer „Solidarischen Pflege-Bürgerversicherung“ finden Sie online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de). („Publikationen“ / „Broschüren und Ratgeber“). job

## Das fordert der SoVD

Auf der 21. Bundesverbandstagung des SoVD stimmen die Delegierten auch über einen Antrag zur Pflegeversicherung ab. Darin wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Pflegeversicherung zu einer solidarischen Vollversicherung mit Sachleistungscharakter weiterzuentwickeln, um künftig eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung zu ermöglichen.



## Interview

# „Tun wir nichts, wird die Pflege unbezahlbar“

Professor Dr. Heinz Rothgang spricht sich als Gesundheitsökonom und führender Pflegewissenschaftler für eine Systemreform aus. So ließe sich das Armutsrisiko durch Pflegebedürftigkeit deutlich senken. In einer für die Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten Studie kommt Rothgang zu dem Schluss, dass eine Umstellung des bisherigen Systems auf eine Vollversicherung nicht nur finanzierbar wäre, sondern auch für eine gerechtere Lastenverteilung sorgen würde.

### Warum ist das System der Pflegeversicherung ungerecht?

Als man die Pflegeversicherung einführte, ging man viele Kompromisse ein. Hierzu gehörte zum Beispiel ein enger Pflegebedürftigkeitsbegriff, der inzwischen korrigiert wurde. Ein zentrales Problem aber bleibt die Deckelung der Leistungen. In der festgesetzten Höhe ließen sich die pflegebedingten Kosten im stationären Bereich damals noch einigermaßen finanzieren. Danach ist aber gerade im Heimbereich bis 2015 nichts passiert. Das heißt, die Leistungssätze, die einmal festgesetzt wurden, blieben unverändert. Seither sind die Preise gestiegen. Vor allem haben sich die Eigenanteile erhöht und liegen jetzt zwischen 600 und 700 Euro pro Monat.

Eine andere Ungerechtigkeit resultiert aus der Zweiteilung von sozialer und privater Pflegeversicherung. Obwohl wir hier gleiche Leistungsvoraussetzungen, gleiche Praktiken bei der Begutachtung und gleiche Leistungshöhen haben, sind die Lasten doch sehr ungleich verteilt. Das ist überhaupt nicht mehr vermittelbar.

Sie haben errechnet, dass eine Pflege-Vollversicherung durchaus bezahlbar ist. Wie funktioniert das?

In eine Bürgerversicherung würden wir zunächst die bisher Privatversicherten mit reinnehmen. Wenn wir gleichzeitig alle Einkommensarten berücksichtigen – also beispielsweise auch Kapitalerträge – und die



Foto: Photographee.eu/Adobe Stock

Die Pflege durch einen Angehörigen kann neben einer organisatorischen auch schnell zu einer finanziellen Belastung werden.

Beitragsbemessungsgrenze anheben, dann können wir den Beitragssatz um einen halben Punkt senken. Wenn wir diese Mittel dann einsetzen, um eine Vollversicherung zu finanzieren, dann gleicht sich das annähernd aus. Für etwa 90 Prozent der Sozialversicherten sind dabei keine oder nur minimale Erhöhungen zu erwarten.

Etwas mehr bezahlen, um im Pflegefall hohe Eigenanteile zu vermeiden – das klingt in meinen Ohren sinnvoll.

Das sehe ich auch so. Wir sprechen von zwei Gruppen: Für die 50 Millionen Beitragszahler wird es ein wenig teurer, für die zuvor Privatversicherten etwas mehr. Aber bei den Pflegebedürftigen erreichen wir eine enorme Entlastung. Der Eigenanteil für Pflegekos-

ten sowie Unterbringung und Verpflegung beträgt jetzt schon durchschnittlich fast 2.000 Euro. Auch angesichts des herrschenden Pflegenotstandes können wir davon ausgehen, dass diese Summe in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Das heißt, wenn wir nichts tun, werden uns die Eigenanteile in der Pflege durch die Decke gehen. Für einen Normalsterblichen wäre ein Pflegeheim dann nicht mehr finanzierbar.

Sie haben den Pflegenotstand angesprochen: Tausende Stellen sind schon jetzt unbesetzt. Kann ein Systemwechsel auch daran etwas ändern?

Weniger Erwerbspersonen stehen immer mehr Pflegebedürftigen gegenüber. Die Lücke zu den schon jetzt unbesetzten Stellen wird also immer grö-

ßere Ausmaße annehmen. Wir müssen daher die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessern: durch mehr Personal in den Schichten, durch eine bessere Entlohnung und andere Dinge. Will ich also den Pflegenotstand wirklich bekämpfen, kostet das Geld. Hierfür brauchen wir eine Reform der Finanzierung. Andernfalls wird die Pflege unbezahlbar und es landen noch mehr Menschen in der Sozialhilfe.

Wenn Leistungen unbegrenzt finanziert werden, muss man dann nicht Sorge haben, dass unseriöse Anbieter einfach nur mehr Profit machen?

Es ist ja schon jetzt so, dass alle Preise verhandelt werden. Da die Kassen bisher nur begrenzte Zuschüsse zahlen, verhandeln sie dabei sozusagen für ihre Versicherten. Wären die Kassenleistungen nicht mehr begrenzt, hätten die Kassen bei diesen Verhandlungen natürlich ein ganz anderes Interesse. Und ich kann überhaupt nicht einsehen, warum es den Kassen nicht gelingen soll, dabei vernünftige Preise durchzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass die positiven Effekte auch tatsächlich bei den Pflegebedürftigen ankommen.

Was glauben Sie, wie wird es weitergehen?

Bei der Bürgerversicherung wird angesichts der politischen Konstellationen wohl nicht so viel passieren. Es gab 2005 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD eine Ver-



Foto: privat

### Prof. Dr. Heinz Rothgang

einbarung zu einem Finanzausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung. Das wäre aus meiner Sicht schon mal ein Anfang. Allerdings schätze ich die Chance hierfür nicht sehr hoch ein.

Etwas anders sieht das bei den steigenden Eigenanteilen aus. Dieses Problem beschäftigt die Menschen. Das erleben Politiker hautnah, wenn Pflegebedürftige und Angehörige dagegen Sturm laufen. Deshalb glaube ich, dass da etwas passieren wird. Entweder man hebt die Leistungssätze an, um erst einmal wieder für ein paar Monate Ruhe zu haben. Oder man findet die Kraft für eine Reform des Systems, damit Pflegebedürftige künftig das bekommen, was sie ihrem Bedarf entsprechend brauchen. Das kann dann eine Vollversicherung sein oder man behält einen begrenzten Sockel als Eigenanteil bei, den die Versicherten zuschießen müssen. Wofür man sich entscheidet, da bin ich fast leidenschaftlos. Wir brauchen aber eine Systemreform, damit steigende Kosten nicht mehr allein von den Pflegebedürftigen, sondern von der Pflegeversicherung bezahlt werden.

Interview: Joachim Baars